

Weltordnungskonzepte

Von Gert Krell

1. Einleitung

Dass die Welt, in der sie lebten und starben, eine bestimmte Ordnung hatte, das haben fast alle Menschen zu allen Zeiten angenommen. In diese Vorstellungen von Weltordnung – die reale physische Welt war der Menschheit bis weit in die Neuzeit nur in Ausschnitten bekannt – war immer der Kosmos einbezogen. Andere Akteure als die Menschen, also Tiere, Fabelwesen, Geister und vor allem Götter oder in den monotheistischen Religionen Gott spielten eine wichtige Rolle. Die Grenze zwischen der realen und der phantasierten Welt war also noch durchlässig.¹ Meist hatten diese Weltordnungsvorstellungen eine historische Dimension, die Herkunftsmythen einschloss, und ein Telos, ein Endziel, das die Welt auf ein gutes oder böses Ende (oder beides) zusteuern ließ. Diese vormodernen Weltordnungskonzepte, die heute noch bei vielen Völkern mit traditionellen Lebensweisen oder bei stark fundamentalistisch-religiös geprägten Gruppierungen eine wichtige, auch handlungsleitende Rolle spielen, haben sich mit der Herausbildung des wissenschaftlichen Weltbildes Zug um Zug säkularisiert, sie wurden durch immer neue Entdeckungen der Geographie, der Astronomie, der Medizin, der Psychologie und der Kulturwissenschaften entzaubert. In den Sozialwissenschaften haben zunächst die großen politischen Ideologien die mythisch oder religiös geprägten Weltordnungskonzepte abgelöst, wobei durchaus heilsgeschichtliche Traditionen in säkularisiertem Gewand überlebten (Löwith 1967). Mit diesen großen politischen Ideologien, also Konservatismus, Liberalismus und Marxismus, neuerdings auch Feminismus, die sich in enger Wechselwirkung mit Industrialisierung und Mobilisierung auf der einen, Massenkommunikation, Bildung und Politisierung auf der anderen Seite im Laufe des 18.-20. Jhdts. zunächst in Europa entwickelten, stehen auch die aktuellen Weltordnungskonzepte in den Internationalen Beziehungen noch in Verbindung (vgl. dazu Krell 2004).

Es gibt, wie in der Politikwissenschaft insgesamt, auch in den Internationalen Beziehungen keine einheitlichen Vorstellungen davon, wie die politische Welt organisiert und strukturiert (d. h. geordnet) sei bzw. sein sollte. Wie sie sein sollte, damit beschäftigt sich vorrangig die Politische Philosophie oder Ethik. Dabei geht es in der Regel darum, wie unter den heutigen Bedingungen der Globalisierung – einem langen historischen Prozess, der spätestens mit der

¹ Damit rede ich nicht einem naiven erkenntnistheoretischen Realismus das Wort. „Die“ Realität, vor allem die soziale Realität, bleibt auch in der Moderne immer eine wahrgenommene und – freilich nicht beliebig – zu deutende (vgl. dazu grundlegend Meinefeld 1995).

Neuzeit einsetzt (Osterhammel/Petersson 2003) – Frieden, Recht, Gerechtigkeit, Partizipation und der Schutz der Ressourcen und der Umwelt aus einer kosmopolitischen Perspektive gedacht und realisiert werden können (Gosepath/Merle 2002, Höffe 1999, Küng/Senghaas 2003, Lutz-Bachmann/Bohman 2002). In den Internationalen Beziehungen liegt der Akzent mehr auf der real existierenden Weltordnung, auf Annahmen und Aussagen über die entscheidenden Akteure und ihre Ziele und Präferenzen, über die Qualität und Struktur ihres Handlungsumfeldes und über die zentralen Antriebsmomente der internationalen Politik, ihre grundlegenden Probleme und ihre Entwicklungsperspektiven.

2. *Die Welt zwischen Integration und Polarisierung*

Ob es schon eine Art Weltgesellschaft, also eine „fortschreitende Zusammenfassung der menschheitlichen Zivilisation aller Völker in einem Gesellschaftskörper“ (Luhmann 1975: 51)² gibt, wird intensiv und kontrovers diskutiert (Albert 2002, Stichweh 2000). Auf der einen Seite sehen wir vereinheitlichende Tendenzen, und zwar sowohl ökonomisch wie rechtlich und ansatzweise auch politisch-ideologisch. Die „kosmopolitische Tendenz der Produktivkräfte“ (Friedrich List, 1789-1846), die wir heute Globalisierung nennen, war neben List auch Immanuel Kant (1724-1804) und Karl Marx (1818-1883), damit also dem 18. und dem 19. Jhdt. schon durchaus vertraut. Wobei die „planmäßige Ausbeutung der Erde“ (Karl Marx) allen dreien noch nicht einmal andeutungsweise als Problem erschien. Das Völkerrecht hat im 20. Jhdt. den Grundstein für ein kollektives (globales) Sicherheitssystem gelegt, und trotz aller Reibungsverluste und Rückschläge macht die Verregelung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen weitere Fortschritte (List/Zangl 2003). Wenn wir weltweiten Umfragen trauen können, dann gehören demokratische Freiheitsrechte, eine unabhängige Justiz und soziale Marktwirtschaft zu den Aspirationen großer Mehrheiten überall auf der Welt. Der deutsche Soziologe Niklas Luhmann (1927-1998) hatte schon 1975 in einem epoche machenden Beitrag seine These von der Weltgesellschaft zunächst mit der Möglichkeit weltweiter Kommunikation begründet (Luhmann 1975: 53):

„Ein Argentinier mag eine Abessinierin heiraten, wenn er sie liebt; ein Seeländer in Neuseeland Kredit aufnehmen, wenn dies wirtschaftlich rational ist, ein Russe technischen Konstruktionen vertrauen, die in Japan erprobt worden sind; ein französischer Schriftstel-

2 Luhmann bezieht sich mit dieser Formulierung auf einen Text des Soziologen Albert Schäffle, der die genannte Tendenz schon 1896 zu erkennen glaubte.

ler in Ägypten homosexuelle Beziehungen suchen; ein Berliner sich auf den Bahamas bräunen, wenn ihm dies ein Gefühl der Erholung vermittelt.“

Was macht aus dieser weltweiten Kommunikation einen Weltzustand, so fragte Luhmann weiter. Einmal das „immense Anwachsen der Kenntnisse über Fakten des Lebens und der Interaktionsbedingungen aller Menschen“. Hinzu komme die universelle Verbreitung wissenschaftlichen Wissens und technologischer Errungenschaften mit einem weltweiten wissenschaftlich-technischen Kommunikationsnetz. Als drittes nannte er eine weltweite öffentliche Meinung, dann „weltweite wirtschaftliche Verflechtungen“ und „weltweite Möglichkeiten der Bedarfsdeckung“, er sprach sogar von einer „auf Weltfrieden beruhenden Verkehrszivilisation“, in der sich ein „urban erzogener Mensch gleich welcher Provenienz“ zurechtfinde. Die Weltgesellschaft sei dadurch entstanden, dass die Welt durch die Prämissen weltweiten Verkehrs vereinheitlicht worden sei (Luhmann 1975: 54f.).

Auf der anderen Seite verläuft der Prozess globaler Vergesellschaftung widersprüchlicher oder in anderer Weise widersprüchlich, als es die großen Denker von Kant bis Luhmann formuliert haben; die Vereinheitlichung provoziert ihrerseits neue Polarisierungen und Fragmentierungen. Quer zu den kosmopolitischen Tendenzen liegt eine Reihe von Spaltungen oder gravierenden Differenzierungen, die es als höchst fahrlässig erscheinen lassen, ohne Kontextualisierung überhaupt von Globalisierung zu sprechen. Worin genau diese entscheidenden Spaltungen heute bestehen, das ist freilich nicht nur in der Alltagssprache oder in polarisierten Auseinandersetzungen, sondern auch in der politikwissenschaftlichen Diskussion umstritten.

Dass der Ost-West-Konflikt das Weltgeschehen für eine Generation geformt bzw. deformiert hat, das lässt sich auch aus der Rückschau kaum bestreiten; man kann höchstens darüber diskutieren, inwieweit die schon genannte kosmopolitische Tendenz der Produktivkräfte zu seinem Ende beigetragen hat. An Angeboten für neue globale Konfliktformationen fehlt es nicht. In der ersten Phase der öffentlichen Debatte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts war häufig zu hören, der Ost-West-Gegensatz werde nun vom Nord-Süd-Konflikt abgelöst. Der Golf-Krieg von 1991, in dem die alte zweite Supermacht Sowjetunion das militärische Niederringen ihres einstigen Dritte-Welt-Klienten Irak durch den ehemaligen Systemgegner USA tolerierte, ja sogar politisch absicherte, schien diese These vordergründig zu untermauern. Aber schon die Koalitionsbildungen waren viel zu heterogen, der damalige Golfkrieg war eher ein Süd-Süd-Konflikt mit Beteiligung der Industriestaaten. Rein statistisch gesehen haben wir es seit etwa einem halben Jahrhundert mit einer kontinuierlichen Abnahme der Nord-Süd-Kriege zu tun, wobei die historischen Schwerpunkte einmal in der gewaltsamen Unterwerfung des

Südens in der Zeit des Kolonialismus und Imperialismus und dann wieder in der Phase der Befreiungskriege liegen. Der Nord-Süd-Konflikt war bislang nie wirklich ein Sicherheits-, sondern immer ein Verteilungskonflikt. Allerdings hatten die Verteilungsprobleme sicherheitsrelevante Auswirkungen, und zwar sehr viel mehr im Süden selbst als gegenüber dem Norden. Die Intervention der USA und Großbritanniens (mit Beiträgen weiterer Länder) im Irak 2003ff. widerspricht diesem Trend und dieser Aussage nicht, denn die befürchtete Bedrohung durch Nuklearwaffen und Unterstützung des internationalen Terrorismus hat sich als Fehleinschätzung herausgestellt. Die Attentate des internationalen Terror-Netzwerks al Qaida auf das Pentagon und das World Trade Center vom 11. September 2001 markieren in diesem Zusammenhang freilich eine nicht nur hoch symbolische Zäsur. (Ich komme auf das Thema gleich zurück.)

Parallel zur Debatte über die Weltgesellschaft hat sich eine Diskussion über eine Weltkultur oder ein Weltethos (Küng/Senghaas 2003) entwickelt, also über die Frage, ob neben der weltweiten Vergesellschaftung eine globale Vergemeinschaftungstendenz zu beobachten sei. Mit Max Weber (1864-1920) können wir als Vergesellschaftung soziale Beziehungen begreifen, die sich auf rational motivierten Interessenausgleich oder auf rational motivierte Interessenverbindung gründen; von Vergemeinschaftung sprechen wir dann, wenn soziale Beziehungen auf „subjektiv gefühlter (...) Zusammengehörigkeit der Beteiligten“ beruhen (Weber 1972: 21). Die Forschungsgruppe Weltgesellschaft argumentiert, dass beide Dimensionen im Globalisierungsprozess zu finden sind, aber nicht zwangsläufig parallel laufen. Es sind sogar negative Wechselwirkungen möglich, das heißt weltweite Vergesellschaftungsprozesse können zu verstärkter Partikularisierung und Separierung auf der Seite der Gemeinschaftsbildungen führen. In jedem Fall rechnen die Autoren mit einem Spannungsverhältnis zwischen partikularistischen Vergemeinschaftungs- und universalistischen Vergesellschaftungstendenzen (Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996: 20-23). Dieses Spannungsverhältnis findet sich auf allen Analyse-Ebenen: global, transnational und in den nationalen Gesellschaften. „McWorld in Tel Aviv, Jihad in Jerusalem“ heißt der Untertitel ein neues Buch des israelischen Soziologen Uri Ram: globalisierte kapitalistische Zivilisierung auf der einen, lokale national-religiöse Ethnozentrierung auf der anderen Seite (Ram 2006).

Die inzwischen schon klassische Positionierung zu diesem Thema hat der US-amerikanische Politikwissenschaftler Samuel P. Huntington vorgenommen, der die Aussichten für eine globale Vergemeinschaftung sehr skeptisch einschätzt, obwohl auch er einen solchen Prozess nicht völlig ausschließt (Huntington 1997). Die Programmatik seines immer wieder neu aufgelegten und viel verkauften Buches über den *Kampf der Kulturen* ist insgesamt nicht ganz so

eindeutig, wie es die Diskussion darüber manchmal nahe legt. Allerdings suggerieren der Titel und viele apodiktisch vorgetragene Thesen, der Ost-West-Konflikt werde von einer Art „Stammeskonflikt im Weltmaßstab“ zwischen sieben (oder acht) großen Zivilisationen abgelöst. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte dominiere der Faktor Kultur als Konfliktursache. So genannte Bruchlinienkonflikte an den Stellen, an denen große Zivilisationen in benachbarten Staaten oder in einem einzelnen Land aufeinander stießen, seien besonders eskalationsträchtig. Sie könnten weitere Akteure aus den großen Kulturkreisen in die Auseinandersetzungen hineinziehen und sie u. U. bis zu einem Krieg zwischen den zivilisatorischen Kernstaaten - sie lösen die alten Supermächte ab - und ihrem jeweiligen Anhang aufsteigen lassen. Aber diese Mechanismen sind auch bei Huntington nicht zwangsläufig. So können die Großstaaten mäßigend auf Bruchlinienkonflikte einwirken, und der große *Clash* ist vermeidbar. Huntington plädiert im Übrigen am Ende ausdrücklich für eine multikulturelle Welt. Die Kulturen sollen nach Gemeinsamkeiten suchen, universelle Gültigkeit soll keine für sich in Anspruch nehmen.

Huntingtons Beispiele zeigen, welche mobilisierenden und auch gewalttätigen Wirkungen mit kultureller Identität verbunden sein können, aber kulturelle Differenz allein ist kein ausreichender Grund für gewaltsame Konflikte, genauso wenig wie kulturelle Ähnlichkeit oder Nachbarschaft Frieden garantiert. Die Statistik zeigt, dass gewaltsame Konflikte *innerhalb* der großen Kulturkreise häufiger sind als solche zwischen ihnen.³ Der antiwestliche islamistische Fundamentalismus und vor allem seine terroristische Variante und die Ansätze zur Gegenfundamentalisierung etwa in der Politik der Regierung Bush jr. geben Huntingtons These einen Schein von Glaubwürdigkeit, aber eben nur einen Schein.⁴ (zu dieser Problematik vgl. Roy 2007). Zwar stand die Führungsmacht des Westens für längere Zeit nicht gerade hoch im Kurs bei den Öffentlichkeiten in den arabischen oder in anderen islamisch geprägten Staaten, die Umfragewerte erreichten Tiefststände und die Sympathien für Osama bin Laden waren in einigen Ländern phasenweise erstaunlich hoch, aber von einer einheitlich oder durchgängig antiwestlichen Einstellung im islamisch geprägten „Kulturkreis“ kann überhaupt keine Rede sein.

³ Vgl. dazu u.a. Russett, Bruce M./Oneal, John R./Cox, Michaelene (2000): *Clash of Civilizations, or Realism and Liberalism. Déjà Vu?*, in: *Journal of Peace Research* 37, 5: 583-608 und die Diskussion der AutorInnen mit Huntington: 609-612.

⁴ Zur spiegelbildlichen Rhetorik von George W. Bush und Osama bin Laden vgl. Louise Richardson (2007): *Was Terroristen wollen. Die Ursachen der Gewalt und wie sie bekämpft werden können*, Frankfurt-New York 2007, S. 251-255.

Huntington übersieht in seinem *Clash of Civilizations*, darauf hat Dieter Senghaas schon früh aufmerksam gemacht, dass alle nicht-westlichen Kulturen, egal wie man sie kategorisiert, vor einer vergleichbaren systematischen Herausforderung stehen, wie sie der Westen selbst in einem sehr langwierigen und konfliktreichen Weg zu bewältigen hatte: der Transformation traditionaler in moderne Gesellschaften (Senghaas 1998). Pluralität unter den Bedingungen von Politisierung zu institutionalisieren, das ist dabei eine zentrale zivilisatorische Aufgabe. In den um diesen Prozess sich anlagernden Auseinandersetzungen der Kulturen *mit sich selbst* liegt die entscheidende Entwicklungs- und Konfliktodynamik. Mit welchen Schwierigkeiten die gewaltfreie und produktive Institutionalisierung von Pluralität auch und gerade im Westen verbunden war und noch ist, das brauche ich nicht im Einzelnen auszuführen.

Eine ganz andere Dimension arbeitete, ebenfalls in der Auseinandersetzung mit Huntington, Werner Link heraus, der überprüfte, ob sich aus dem transnationalen politisierten fundamentalistischen Islam Parallelen zu Genese des Ost-West-Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus ergeben können, der ja auch aus der partiellen Verstaatlichung einer transnationalen Bewegung gegen die etablierte Welt-Ordnung hervorgegangen ist (Link 2004). Dass der Kampf der islamistischen Terroristen nicht nur ein Kampf gegen den Westen schlechthin ist, sondern sich ebenso heftig und in Zahlen der Opfer gesprochen sogar viel mehr gegen die eigenen Lands- und Kulturleute richtet, wäre dabei kein Argument; das war ja in der Kommunistischen Internationale auch so. Auch die gewalttätigen Spaltungen etwa zwischen Schiiten und Sunniten wären nicht unbedingt eine spezifische Differenz. Plausibler erscheint mir, dass die Wahrscheinlichkeit einer dauerhaften und zentral gelenkten Verstaatlichung des terroristisch agierenden Islamismus als gering einzuschätzen ist.

Eine noch schärfere Deutung des „Kampfes der Kulturen“ hat jüngst Norman Podhoretz vorgelegt, einer der Väter des Neokonservatismus in den USA und einer der wenigen Intellektuellen, die Präsident George Bush jr. bis zuletzt in allen Begründungsaspekten des Irak-Krieges die Stange hielten. Laut Podhoretz befindet sich die Welt bereits im Vierten Weltkrieg, einem Weltkrieg zwischen im Wesentlichen den USA auf der einen und dem so genannten Islamofaschismus auf der anderen Seite. Es mag sein, dass sowohl der Liberalismus und die politische Linke als auch die rationalistische Politikwissenschaft die Bedrohung durch gewaltbereite islamische Extremisten, ja durch politisierte fundamentalistische Religion überhaupt unterschätzen; gleichwohl sind die Thesen von Podhoretz so fragwürdig, die Akteure auf der Gegenseite so nebulös, die historischen Analogien (wir leben im Jahre 1938) so überzogen und

die empfohlenen Strategien, wie im Irak zu sehen, so problematisch und zumindest teilweise kontraproduktiv, dass auf dieser Grundlage kaum eine seriöse Diskussion möglich ist.⁵

In der politikwissenschaftlichen Diskussion weitaus häufiger anzutreffen als der Kampf der Kulturen war eine Zeitlang die Aufteilung zwischen dem OECD-Gravitationszentrum mit einigen Aspiranten (China, Indien, Russland, Brasilien), die zunehmend oder wieder zunehmend selbst global aktiv sind, und dem randständigen Rest; in stärker sicherheitspolitischen Kategorien gesprochen zwischen den „Zones of Peace“ und den „Zones of Turmoil“ (Singer/Wildavsky 1996). Empirisch untermauert wurde diese Sichtweise von der Kriegsstatistik, der zufolge die entwickelten Industriestaaten, von einigen ethnonationalistischen Randkonflikten wie in Nordirland oder im Baskenland abgesehen, seit 1945 fast völlig aus dem globalen Kriegstrend herausfielen. Zwar nahm die weltweite Kriegsbelastung von 1945 bis Mitte der achtziger Jahre kontinuierlich zu, aber diese Entwicklung wurde von den Bürgerkriegen in den Entwicklungsländern bestimmt. Nach dem Ende der Entkolonialisierung lag die Dritte Welt anscheinend mit sich selbst im Kriege. Hinzu kamen dann nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die ethnonationalen Konflikte, die sich aus den Auflösungsprozessen der Vielvölkerstaaten UdSSR und Jugoslawien ergaben. Dem stand auf der anderen Seite der „demokratische Frieden“ gegenüber. Konsolidierte Demokratien führen keine Kriege gegeneinander; oder um es ganz genau im Sinne einer der jüngeren großen quantitativen Untersuchungen zu formulieren: die Zahl der militarisierten Auseinandersetzungen zwischen voll entwickelten Demokratien liegt 41 Prozent unter dem Dyaden-Durchschnitt, gemischte Dyaden (Demokratie versus Autokratie) liegen 73%, autokratische Dyaden 67% darüber (Russett/Oneal 2001: 115). Abgesehen von der moralischen Herausforderung dieser Spaltung für eine kosmopolitische Perspektive besteht aus Sicht der „Friedenszonen“ das entscheidende Problem darin, dass der *Turmoil* nicht auf sich selbst beschränkt bleibt, sondern über Staatszerfall, internationalen Terrorismus, politische, Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge, Umweltschäden mit interregionalen Auswirkungen sowie Instabilität in Gebieten mit lebenswichtigen Rohstoffen in die „Friedenszonen“ hineinwirkt.

Differenzierter nach ökonomischen Entwicklungsformen und Lebensbedingungen und ebenso heterogenen politischen Organisations-, Integrations- und Desintegrationsformen unterscheidet Dieter Senghaas in einer anderen Analyse die Konstitution der Welt. Er leugnet nicht die

⁵ Vgl. dazu Roy, der Spaltungen der islamischen Welt, ihre Koalitionsbildungen quer zu den „Kulturen“ und dringend erforderliche Kontextualisierungen zu verschiedenen Konflikten unter Beteiligung von Islamisten thematisiert und mahnt: „Wir müssen aufhören, die Welt durch die Zerrbrille von Al-Qaida zu betrachten, denn darin liegt ihre einzige Macht (Roy 2007: 180).“ An anderer Stelle argumentiert Roy, der Islamismus einschließlich des islamistischen Terrorismus sei selbst schon ein paradoxer Ausdruck der Modernisierung (Roy 2006).

unbestreitbare historische Dynamik, die auf „eine Welt“ hinwirkt, will aber die in diesem Welt-Diskurs vernachlässigte „real existierende Welt“ mit ihren Teilstrukturen und Abschichtungen zur Sprache bringen. Und diese real existierende Welt besteht vor allem aus vier Teilwelten: (1) die postmoderne Erste Welt, d. h. die hoch integrierte und pazifizierte OECD-Welt der entwickelten Industriestaaten, (2) die moderne Neue Zweite Welt der erfolgreichen Nachzügler in Osteuropa und Ostasien, (3) die pseudomodernere Dritte Welt der Entwicklungsländer mit ihren strukturell heterogenen Ökonomien, politischen Autokratien und vielfach Reformen blockierenden Eliten, insgesamt mit einem Mangel an breit gefächelter Entfaltung der produktiven Kräfte im weitesten Sinne, und (4) die prämoderne Vierte Welt mit ihrem Defizit an Staatlichkeit überhaupt bis hin zu *failing states* mit ihren Gewaltökonomien (Senghaas 2003 und 2004). Nicht zuletzt im Rückgriff auf Friedrich List stellt Senghaas so das Entwicklungsdilemma ins Zentrum seiner Analyse der Weltordnung, also die Problematik nachholender Entwicklung unter Peripherisierungsdruck seitens der Vorreiter-Ökonomien. Aber auch bei ihm kommen die Verbindungen zwischen den vier Teilwelten zu kurz. Eine zureichende Analyse der Weltlage muss die Eigenständigkeit und die jeweils selbst produzierten, also endogenen Problematiken in den *Zones of Turmoil* mit den heutigen Formen des „inhospitablen Betragens“ der „gesitteten, vornehmlich Handel treibenden Staaten unseres Weltteils“ (so Immanuel Kant schon 1795, siehe 2002: 22) *verbinden*. Und die Aufteilung der vier Welten wäre weiter zu differenzieren. So haben die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen der OECD-Welt, dem (vorübergehenden?) „Absteiger“ Russland, dem Aufsteiger China und einer Reihe von Drittweltländern, insbesondere den Ölexporteurs, zum Teil dramatisch zugenommen; nicht nur im Handel und bei den Rohstoffen, sondern auch bei den Investitionen und im Finanzwesen, wie sich im Zuge der globalen Finanzkrise seit 2008 erneut sehr deutlich zeigt..

3. *Balance of Power, Hegemonie, Empire und Imperialismus*

Im Laufe der neunziger Jahre bildete sich eine Weltkonstellation heraus, die den USA (erneut) eine historisch außergewöhnliche internationale Machtposition zu verleihen schien. Verbunden mit dem Unilateralismus auf fast allen Gebieten der Außenpolitik, der mit der Präsidentschaft von George Bush jr. einen Höhepunkt erreichte, hat diese Konstellation die politische und politikwissenschaftliche Debatte über Balance of Power und Hegemonie erheblich beeinflusst und eine neue Diskussion über Empire und Imperialismus hervorgerufen, und zwar quer zu allen Theorietraditionen in den IB. Schon im Realismus fanden sich sehr verschiedene Interpretationen der Unipolarität bzw. der *Hyperpuissance* der USA (Ikenberry

2002). Während die strengen strukturellen Realisten schon damals auf längere Sicht eine unvermeidbare Gegenmachtbildung und/oder eine neue Hegemonialkonkurrenz erwarteten (etwa mit der Volksrepublik China), sahen moderate Realisten wie Michael Mastanduno oder Werner Link die Herausforderung für die USA darin, mit gemäßigter Hegemonialpolitik ein konfrontatives *Balancing* der anderen Großmächte zu verhindern und auf diese Weise ihre Herrschaft zu stabilisieren (Mastanduno 1999, Link 2004). Die zentrale Aufgabe für die amerikanische Diplomatie bestand für Mastanduno darin, (1) sich mit den Staaten zu arrangieren (bzw. sie zu kooptieren), die am Status quo interessiert sind, (2) den revisionistischen Staaten entgegen zu treten und (3) – das ist die wichtigste Leistung – zwischen beiden Gruppen sorgfältig zu unterscheiden. Außerdem kam es darauf an, nicht der Versuchung der Arroganz der Macht zu erliegen (Mastanduno 1999: 35). Wie man heute wird sagen müssen, ist die Groß- oder Supermacht USA deutlich unterhalb einer erfolgreichen Einlösung dieser Kriterien geblieben.

Andere Realisten bezogen sich, zum Teil unter Rückgriff auf das Römische Imperium, gezielt auf die Kategorie imperialer Macht. So argumentierte Herfried Münkler, Imperien unterschieden sich von anderen Staaten dadurch, dass sie sich nicht in einem reziproken Verhältnis sähen, sondern einen Ausschließlichkeitsanspruch verfolgten, der sie grundsätzlich zum Unilateralismus tendieren lasse (Münkler 2003). Danach waren die Selbstbeschränkungen der USA und der erhebliche Einfluss der kleinen und mittleren Staaten auf die Bündnisentscheidungen in der NATO eine Folge der Konkurrenz mit einer anderen imperialen Macht, nämlich der Sowjetunion; mit dem Zusammenbruch der UdSSR sei jedoch das Interesse der US-Administration an Selbstbindung geschwunden, da sie nicht mehr auf den politischen Nutzen aus diesen Selbstbeschränkungen gegenüber ihren Verbündeten angewiesen war. Das Imperium zeichne sich gleichwohl durch Integrationsleistungen des imperial beherrschten Raumes aus - wobei imperiale Beherrschung im Unterschied etwa zum Römischen Reich nicht mit territorialer Kontrolle gleichzusetzen ist, sondern mit dominierendem Einfluss: Es biete Sicherheitsgarantien gegenüber Bedrohungen von außen, wodurch sich die imperiale Ordnung der angrenzenden Unordnung gegenüber als überlegen erweise, begünstige auf dieser Grundlage Wohlstand fördernde Austauschbeziehungen und ermögliche zivilisatorischen Fortschritt und kulturelle Blüte. Um seinen Bestand zu sichern, müsse das Imperium zum einen dafür Sorge tragen, dass seine Kosten nicht seine Wohlfahrtsgewinne überschreiten, und zum zweiten die imperialen Grenzen sichern. Der Konflikt zwischen Europa und den USA über den Irak-Krieg resultiere also nicht aus unterschiedlichen strategischen Kulturen, sondern aus einem ordnungspolitischen Missverständnis: Während ein Teil der europäischen Staaten diesen

Krieg an Kriterien einer Völkerrechtsordnung zwischen prinzipiell gleichen und gleichberechtigten Staaten messe, gehe es aus Sicht der USA um die „Pazifizierung einer Peripheriezone des Imperiums“ (Münkler 2003: 124).

Standen in dieser Deutung die sicherheits- und ordnungspolitischen Funktionen des Empire im Vordergrund der Analyse, so bekamen bei anderen Autoren (Absetzbewegungen sind deutlich erkennbar), insbesondere Neokonservativen und liberalen Imperialisten, die idealistischen Elemente imperialer Weltordnungspolitik größeres Gewicht. Nicht nur die gescheiterten und kriminellen Staaten, sondern auch die Gefährdung der Menschenrechte, der Mangel an funktionierender Staatlichkeit und wirtschaftlicher Entwicklung in der Dritten Welt verlangten geradezu nach einer dominierenden Ordnungsmacht, so wie es etwa Großbritannien in seiner imperialen Zeit gewesen sei. Die Sorgen von Autoren wie Max Boot oder Niall Ferguson richteten sich eher darauf, dass die USA zu *geringe* (!) Abschreckungsmittel bereitstellten, zu wenig Bereitschaft zu langfristigem *Nation-Building* zeigten oder aufgrund ihrer chronischen Fiskalkrise nicht die Ressourcen für das eigentlich erforderliche (und erwünschte) liberal-imperiale Projekt aufbringen würden (Boot 2003, Ferguson 2004).⁶

Ein ganz anderes Verständnis vertreten demgegenüber die liberalen Institutionisten. So lehnte z. B. Joseph Nye schon in den Kontroversen um die Jahrhundertwende den Begriff imperial oder imperialistisch zur Beschreibung US-amerikanischer Weltordnungspolitik ausdrücklich ab, er hielt ihn auch in der Phase der US-Hyperpuissance analytisch nicht für tragfähig und politisch für gefährlich. Ganz abgesehen davon, dass die Kategorie des Imperialismus auf Verhältnisse formaler Kontrolle beschränkt bleiben sollte, werde den Vereinigten Staaten von den intellektuellen und politischen Empire-Befürwortern, auch in der Administration Bush jr. selbst, viel zu viel Macht zugeschrieben, so Nye. Zwar sei die relative Macht der Vereinigten Staaten größer als die relative Macht des britischen Weltreichs auf seinem Höhepunkt, trotzdem hätten die USA viel weniger Kontrolle über die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Immer wieder betont der Harvard-Politologe die Bedeutung der *soft power*, also vor allem der Legitimität und der Glaubwürdigkeit nicht nur der amerikanischen Werte, sondern vor allem des Verhaltens der USA in den internationalen Beziehungen, ohne die auch eine Supermacht in Zeiten der Gesellschaftswelt keine dauerhafte Führungsrolle mehr spielen könne (z. B. Nye 2002). Ein anderer liberaler Institutionist, G. John Ikenberry, hat nachgewiesen, dass die moderate, auf Konsens zielende Hegemonialpolitik der USA gerade nicht

6 Fergusons Plädoyer für ein amerikanisches Empire steht in einem merkwürdigen Widerspruch zu seinen durchaus kritischen, teilweise sogar zynischen Analysen der Realgeschichte des amerikanischen Imperialismus und seiner systematischen Verleugnung.

eine Konzession an die Verbündeten aufgrund der Rivalität mit dem Systemgegner Sowjetunion war, sondern ein genuiner politischer Entwurf für die internationale Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg, der vom Ost-West-Konflikt nur überlagert wurde. Im Anschluss an die ursprüngliche Bedeutung von *hegemonia* im klassischen Griechenland – im Sinne von Führung durch legitimierte Autorität im Unterschied zu *arche* im Sinne von Kontrolle oder willkürlicher Herrschaft⁷ – bestehe die Grundlage US-amerikanischer Hegemonialpolitik im 20. Jhdt. (jedenfalls im OECD-Bereich, für das Verhältnis zur Dritten Welt würde auch Ikenberry partiell imperialistisches Verhalten diagnostizieren) aus der Umwandlung von *raw power* in *legitimate authority*. Durch *bonding* (gemeinsame Werte), *binding* (Regelsysteme, die auch den Hegemon binden) und *voice opportunities* (Mitsprachemöglichkeiten für die Verbündeten) verzichte der Hegemon zwar auf einen Teil kurzfristiger Gewinne, stelle aber dafür seine Herrschaft auf Dauer. Hegemonie ist also eine soziale Konstruktion und nicht nur ein materielles Verhältnis; eine Beziehung, die auf bestimmten Verhaltenserwartungen beruht: Die kleineren Staaten werden dem Hegemon nur dann folgen, wenn er auch ihre Erwartungen erfüllt. In diesem Verständnis ist der Hegemonie-Begriff an konsensuale Herrschaft gebunden, wäre also eine Hegemonie auf der Grundlage permanenten Zwangs ein Widerspruch in sich. Deshalb half sich Ikenberry damit, dass er die neue *Grand Strategy* der USA, so wie sie von einigen Neokonservativen und militanten Realisten vertreten wurde und die stärker auf *raw power* als auf *legitimate authority* setzte, nicht als hegemonial, sondern als tendenziell imperialistisch bezeichnete (Ikenberry 2001 und 2002). Diese Phase hat aber nach seiner Einschätzung die erste Amtszeit von George Bush jr. nicht überdauert.

Die neuere marxistische Imperialismus-Diskussion knüpfte an die Imperialismus-Theorie der Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg an, aber sie aktualisierte, modernisierte und revidierte sie natürlich. Dabei ergaben sich im Wesentlichen zwei Haupt-Positionen. Die eine, hier vertreten durch Leo Panitch und Sam Gindin, bestand darauf, den Imperialismus aus der Staatstheorie abzuleiten. Dementsprechend stand für sie die Rolle der USA in der Interaktion mit anderen unabhängigen Staaten als Garant einer kapitalistischen Weltordnung im Zentrum der Analyse, blieb der *American Imperial State* auch im globalisierten Kapitalismus der

7 Vgl. Lebow (2003), S. 122 und 126: "For fifth- and fourth-century Greeks, hegemonia was a form of legitimate authority and was associated with time [gespr. timā] - the gift of honor. Time meant "esteem" in the abstract, but also referred to the "office" to which one was therefore entitled. Sparta and Athens earned time by virtue of their contributions to Greece during the Persian Wars. Time was also conferred on Athens in recognition of its literary, artistic and intellectual, political and commercial accomplishments (...) To maintain its hegemonia Athens had to act in accord with the principles and values that it espoused, and offer positive political and economic benefits to its allies. Post-Periclean leaders consistently chose power over principle, and, by doing so, alienated allies and third parties, lost hegemonia and weakened Athens' power base."

Hauptakteur. Bei Michael Hardt und Antonio Negri dagegen löste sich die Bindung des globalisierten Kapitals an die Nationalstaaten auf, das Empire kennt – im Gegensatz zum Imperialismus – kein territoriales Machtzentrum mehr; eine These, die nach Panitch/Gindin schon zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung im Jahre 2000 „bizarrely out of sync with the times“ gewesen und vom Irak-Krieg endgültig widerlegt worden sei (Panitch/Gindin 2003: 3f.).

Panitch/Gindin gehen mit Marx vom Expansionszwang des Kapitals aus, aber sie sehen darin eine Tendenz, die sehr unterschiedliche historische Formen annehmen kann; der kapitalistische Globalisierungsprozess ist mithin keineswegs deterministisch vorgegeben, auch Phasen der Entglobalisierung, wie etwa durch und nach dem Ersten Weltkrieg, sind möglich. Die erste der drei großen kapitalistischen Strukturkrisen (seit den siebziger Jahren des 19. Jhdts.) führte zu imperialistischer Rivalität, zum Ersten Weltkrieg und zur russischen Revolution; die zweite (dreißiger Jahre des 20. Jhdts.) zur erneuten De-Internationalisierung des Kapitals. Die dritte (siebziger Jahre) schließlich bewirkte eine Vertiefung des Globalisierungsprozesses im Rahmen einer neoliberalen Rekonstituierung des weltweit integrierten Kapitalismus und damit des *American Empire*. Dass sich die führenden kapitalistischen Staaten gegen Ende des 19. Jahrhunderts in eine imperialistische Rivalität begeben haben, lag daran, dass es Großbritannien nicht gelang, die aufkommenden Konkurrenten in einen globalen Freihandelsimperialismus zu integrieren.

Genau das aber haben die USA nach dem Zweiten Weltkrieg zusammen mit den anderen führenden kapitalistischen Staaten in einer erfolgreichen Antwort auf die Jahrhundertkrise geschafft. Dabei kam den Vereinigten Staaten die Attraktivität ihrer Produktionsweise, ihrer liberal-demokratischen Ideologie und ihrer kulturellen Ausdrucksformen zugute. Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung mit den anderen Industriestaaten, die mit einer Transnationalisierung der Staatsfunktionen verbunden ist, bewirkt eine dauerhafte Pazifizierung der innerimperialistischen Beziehungen, die auch durch die neue, noch nicht endgültig bereinigte globale Akkumulationskrise nicht in Frage gestellt wird. Es geht nicht mehr um eine Herausforderung der amerikanischen Hegemonie, die Auseinandersetzungen um die neoliberale Rekonstituierung des Kapitalismus finden *innerhalb* der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder statt. Die zentralen Probleme des Empire kommen von außen, von der ausgreifenden Globalisierung. Es falle dem Imperium zunehmend schwer, seinen imperialen Charakter zu verschleiern, denn es könne immer weniger darauf setzen, dass die Zustimmung zu seiner informellen imperialen Herrschaft durch die eigenständige Legitimität weiterer mit ihm kooperierender Staaten gesichert werde, das zeige insbesondere die US-Aggression im Irak. Die spezifisch amerikanische Herrschaftsform, die Verbindung von Empire und Selbstbestimmung,

gerate so ins Wanken, auch die verbündeten Staaten gerieten damit unter Legitimationsdruck. Damit ergäben sich, so Panitch und Gindin, auch neue Perspektiven für weltweite antiimperialistische Bewegungen.

Während also bei Panitch/Gindin Imperialismus und Empire historisch mehr oder weniger kontingente Varianten formaler oder informeller imperialer kapitalistischer Expansion darstellen, sehen Hardt und Negri darin historisch klar geschiedene Herrschaftsformen. Der Imperialismus war das Instrument, mit dem der Kapitalismus im 19. und im frühen 20. Jhdt. global expandierte. Die Welt wurde unter den dominanten Nationalstaaten aufgeteilt, Kolonialverwaltungen wurden eingerichtet, Zölle und Handelsvorteile durchgesetzt, Rohstoffgewinnung und Industrieproduktion geografisch differenziert. Der Imperialismus setzte eine Hierarchie territorialer Grenzziehungen durch, „um über die Reinheit der eigenen Identität zu wachen und dabei alles andere auszuschließen“ (Hardt/Negri 2003: 10). Im Gegensatz zu den linear geschlossenen Räumen des Imperialismus beruht das Empire auf dem Modell, „unablässig auf unbegrenztem Raum vielfältige und singuläre Netzwerkbeziehungen neu zu schaffen“. In diesem Prozess, der eine neue Stufe der Globalisierung markiert, wird die „globale *frontier*“ zu einem „offenen Raum imperialer Souveränität“ (ebd.: 94). Die volle Entfaltung des Weltmarkts lässt die nationalstaatliche (und damit auch die imperialistische) Ordnung nicht mehr zu; das Empire verfügt nicht mehr über ein territoriales Zentrum, es ist „*dezentriert* und *deterritorialisierend*“, auch Erste und Dritte Welt, Zentrum und Peripherien, Norden und Süden gehen ineinander über.

Hardt und Negri grenzen sich damit bewusst von Positionen ab, die die USA als Kern dieser neuen Herrschaftsform betrachten: weder führten sie heute die Methoden des alten europäischen Imperialismus (der letzte imperialistische Krieg der USA war der Vietnam-Krieg) fort, noch seien sie ein neuer, effizienter und wohlwollender Hegemon. Es gehe um eine ganz neue, imperiale Form der Souveränität: „*Die Vereinigten Staaten bilden nicht das Zentrum eines imperialistischen Projekts, und tatsächlich ist dazu heute kein Nationalstaat in der Lage.*“ (ebd.: 12) Wer aber ist der neue Souverän? Da ist die Rede von „modulierende(n) Netzwerke(n) des Kommandos“, von der „imperialen Regierung“, der „imperialen Machtpyramide“ oder vom „imperialen Apparat“; wer oder was aber genau das sei, außer irgendwie das flexible, mobile, deterritorialisierte und globalisierte „Kapital“, das bleibt ziemlich unklar. Man erfährt nur, dass das „imperiale Kommando“ über drei globale und unumschränkte Instrumente verfügt: die Atombombe (sic!), also die unumschränkte Fähigkeit zur Zerstörung, das Geld (ein transnationales monetäres Gebäude) und den Äther (die transnationalen Kommunikationssysteme). Trotz dieser ungeheuren Unterdrückungs- und Zerstörungspotentiale in

den Händen des Empire ergeben sich aus der imperialen Globalisierung neue Möglichkeiten der Befreiung. In den schöpferischen Qualitäten der *Multitude*, der großen Menge, die das Empire trägt, liege die Chance für ein Gegen-Empire, das den weltweiten Strömen und Austauschverhältnissen eine andere politische Gestalt gebe, d. h. „im Namen der gemeinsamen Freiheit“ ein Netzwerk produktiver Kooperationen konstituiere (ebd.: 13 und 356).

Im Gegenüber der beiden Positionen spiegelt sich gleichsam innermarxistisch die allgemeine Kontroverse über das Verhältnis zwischen Nationalstaaten und Transnationalisierungsprozessen im Zeitalter der Globalisierung oder genauer gesprochen: der *gegenwärtigen Phase* der Globalisierung (Rupert/Smith 2002). Dass die genannten Beiträge diese Phase in einen größeren welthistorischen Zusammenhang stellen, der das Wechselverhältnis zwischen Staat und Ökonomie unter den Bedingungen des Kapitalismus thematisiert, das macht ihren besonderen Reiz aus. Freilich verbleiben Hardt und Negri entschieden einer dogmatischen marxischen Dialektik von globaler Herrschaft und Befreiung verhaftet, die sie zugleich in hohem Maße postmodern vernebeln. Aber auch für Panitch und Gindin, die mehr in den Paradigmen der Regulationstheorie (fordistische Akkumulation und Regulation) und des transnationalen historischen Materialismus (Hegemonie nach Gramsci) und damit teilweise in der Nähe einer liberal-institutionalistischen Perspektive argumentieren, bleibt völlig unklar, wie aus den sehr heterogenen Widerstandsformen gegen die Globalisierung ein konsistentes „antiimperiales Projekt“ werden soll, das sich nicht nur im Namen der Freiheit, sondern auch real freiheitlich organisiert. Schließlich besteht eine der wirksamsten „Widerstandsformen“ aus einem menschenverachtenden, totalitären Fundamentalismus und Terrorismus, der seine Energien aus einer geradezu pathologischen, hochgradig antisemitisch kodierten Weltsicht bezieht.

Es reicht eben nicht, die Komplexität der Moderne auf die westlich-kapitalistische Expansion zu reduzieren, auch wenn sie zweifellos ein zentrales Moment darstellt. Mobilisierung, Politisierung, Säkularisierung, die schwierige Institutionalisierung von Pluralität, die Veränderung der Geschlechterverhältnisse, die internationale und regionale Sicherheitsproblematik, all das sind Dimensionen, die ihre eigenen Widersprüche jenseits und parallel zur Dynamik des Kapitalismus entfalten. Immerhin liegen Panitch und Gindin mit ihrer Einschätzung, dass das spezifisch amerikanische Empire-Projekt durch die Globalisierung und durch den Irak-Krieg selbst ins Wanken gerät, im Trend.

Es scheint, als neige sich die zweite Phase amerikanischer Welthegeemonie ihrem Ende zu. Vom „Unipolar Moment“, vom „New American Century“ oder vom „American Empire“ ist kaum noch die Rede, im Gegenteil; wir sind mitten in einer neuen Debatte über den „American decline“. Nicht mehr die Herrschaftsleistungen des Römischen Imperiums, sondern sein

Niedergang wird wieder zur Bezugsfolie. Die bei weitem größte Militärmacht könne ihre Kriege nicht gewinnen, so heißt es, und sie verspiele im Kampf gegen den Terrorismus ihr größtes Kapital, nämlich ihre Legitimität und ihr politisches Ansehen. Im Nahen und Mittleren Osten verlören die Vereinigten Staaten an nahezu jeder Front, alle Rivalen in der Region ignorierten ihren Rat. Die Welt werde „zunehmend nicht-amerikanisch“, und nicht nur das: angesichts neuer Staatsschuldenberge und der „Trillionen-Dollar-Kernschmelze“ im Kreditmarkt drohe sogar das Ende einer Ära ungebrochener amerikanischer Wirtschaftsmacht. Im Lande selbst sind in den letzten 15 Jahren die durchschnittlichen Realeinkommen leicht, das Vertrauen in die Perspektiven dramatisch gesunken. Ja Amerikas gesamte Lebensweise erscheint nicht mehr als zukunftsfähig.⁸ „Arroganz der Macht“ zahlt sich offenbar nicht aus, oder ist es nur die übliche „Tragödie der Großmachtpolitik“ (Mearsheimer 2001), vor der wir hier stehen?

Schließen möchte ich mit dem Hinweis darauf, dass sich auch die Arroganz der Analyse nicht auszahlt, zu kurzfristig sind manche Konjunkturen in der politikwissenschaftlichen Deutung der Weltordnung. Gegen Ende der achtziger Jahre war schon einmal die Rede vom Niedergang der USA. Was folgte, war der Niedergang der Sowjetunion und eine neue ungeahnte Weltführungsposition für die Vereinigten Staaten, begleitet von einer Theorie-Euphorie über ein neues demokratisches Welt-Imperium. Dieser Euphorie scheint der Boden entzogen, sei es aufgrund objektiver Machtverschiebungen, dem „rise of the rest“ und dem „great power shift“ Richtung Asien, sei es aufgrund verblendeter Machtpolitik. Aber das letzte Wort ist hier noch nicht gesprochen. Die USA werden möglicherweise auch noch in zwanzig Jahren für ein Viertel des Bruttosozialprodukts der Welt stehen, rüstungstechnologisch liegen sie ohnehin uneinholbar vorn. Ihr größtes kulturelles Kapital bleiben ihre Universitäten, die zu den besten der Welt gehören, und ihre anhaltende Attraktivität als Einwanderungsland. Die Vereinigten Staaten von Amerika werden auch noch weit im 21. Jhdt. ein junges Land sein, während China, Japan und Europa vergreisen.⁹ Und wer weiß, ob nicht ein Präsident Barack Obama den weltweiten Ansehensverlust, den die USA unter George Bush jr. erlitten haben, wieder ausgleichen kann.

Jenseits solcher vergleichsweise konventionellen Kalküle kann alles auch ganz anders kommen. So ist durchaus möglich, dass die Ressourcenfrage oder der zunehmend dramatischer

⁸ Vgl. Jörg Häntzschel, Der zerrupfte Riese. Nach Jahren der Stagnation beginnen die Vereinigten Staaten umzudenken und üben sich in bitterer Selbstkritik, Süddeutsche Zeitung, 29. 5. 2008: 13.

⁹ Josef Joffe, American Might: Children of the ‚huddled masses‘ (Rezension zu Fareed Zakaria, The Post-American World), International Herald Tribune, 10./11.5. 2008: 8.

werdende Klimawandel innerhalb von fünf bis zehn Jahren alles was wir bislang über internationale Ordnungsmuster gedacht haben und gewusst zu haben glaubten, völlig durcheinander wirbeln. Prognosen sind gefährlich, wie der Kabarettist Volker Pispers in einem Programm aus dem Jahre 2008 auf sehr amüsante Weise demonstrierte. Hätte er 1990 vorausgesagt, dass Arnold Schwarzenegger, sprich „Conan der Barbar“, in 15 Jahren Gouverneur von Kalifornien sein werde, hätte man ihn, Pispers, für verrückt erklärt. Und der sprichwörtliche Russe, der noch 1990 vor jeder Tür stand, dann aber jahrelang mit der Milchschnitte in der Fernsehwerbung posierte, drehe uns heute oder morgen vielleicht den Gashahn zu.

2. September 2008

Literatur

Albert, Mathias 2002: Zur Politik der Weltgesellschaft. Identität und Recht im Kontext internationaler Vergesellschaftung, Weilerswist.

Boot, Max 2003: Plädoyer für ein Empire, in: Speck, Ulrich/Sznaider, Nathan (Hrsg.): Empire Amerika. München, 60-70.

Ferguson, Niall 2004: Das verleugnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht, Berlin.

Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996: Weltgesellschaft. Identifizierung eines Phantoms. In: Politische Vierteljahresschrift 37:1, 5-26.

Gosepath, Stefan/Merle, Jean-Christophe (Hrsg.) 2002: Weltrepublik. Globalisierung und Demokratie, München.

Hall, John A./Paul, T.V. (Hrsg.) 1999: International Order and the Future of World Politics, Cambridge.

Hardt, Michael/Negri, Antonio 2003: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a.M.

Höffe, Otfried 1999: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung, München.

Huntington, Samuel P. 1997: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München.

Ikenberry, G. John 1999: Liberal Hegemony and the Future of American Postwar Order, in: *Hall/Paul*, International Order, 123-145.

Ders. 2001: After Victory. Institutions, Strategic Restraint, and the Rebuilding of Order After Major Wars, Princeton, NJ.

Ders. 2002: America's Imperial Ambition, in: Foreign Affairs 81:5, 44-60.

Ders. (Hrsg.) 2002: America Unrivaled. The Future of the Balance of Power, Ithaca, N.Y.

Kant, Immanuel 2002 (1795): Zum Ewigen Frieden, Stuttgart.

Krell, Gert 2004: Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, 3. Aufl., Baden-Baden.

Küng, Hans/Senghaas, Dieter (Hrsg.) 2003: Friedenspolitik. Ethische Grundlagen internationaler Beziehungen, München.

Lebow, Richard Ned (2003): The Tragic Vision of Politics. Ethics, Interests and Orders, Cambridge.

Link, Werner 2004: Konfliktformationen des Internationalen Systems im Wandel, in: Knapp, Manfred/Krell, Gert (Hrsg.): Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch, München, 4. Auflage, 368-397.

List, Martin/Zangl, Bernhard 2003: Verrechtlichung internationaler Politik, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, 361-399.

Löwith, Karl 1967: Weltgeschichte und Heilsgeschehen - Die theologischen Voraussetzungen der Geschichtsphilosophie, 5. Auflage, Stuttgart.

Luhmann, Niklas 1975: Die Weltgesellschaft, in: ders., Soziologische Aufklärung, Bd. 2 (Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft), Opladen, 51-71.

Lutz-Bachmann, Matthias/Bohman, James (Hrsg.) 2002: Weltstaat oder Staatenwelt? Für und wider die Idee einer Weltrepublik, Frankfurt a.M.

Mastanduno, Michael 1999: A Realist View. Three Images of the Coming International Order, in: **Hall/Paul**, International Order, 19-40.

Mearsheimer, John 2001: The Tragedy of Great Power Politics, New York-London.

Meinefeld, Werner 1995: Realität und Konstruktion. Erkenntnistheoretische Grundlagen einer Methodologie der empirischen Sozialforschung, Opladen.

Müller, Harald 2003: Amerika schlägt zurück. Die Weltordnung nach dem 11. September, Frankfurt a.M.

Münkler, Herfried 2003: Das Prinzip Empire, in: Speck, Ulrich/Sznajder, Nathan (Hrsg.): Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung, München, 104-125.

Nye, Joseph S. 2002: The Paradox of American Power. Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone, London.

Osterhammel, Jürgen/Petersson, Niels P. 2003: Geschichte der Globalisierung, München.

Panitch, Leo/Gindin, Sam 2003: Global Capitalism and American Empire, in: Panitch, Leo/Leys, Colin (Hrsg.): The New Imperial Challenge, New York, 1-42.

Podhoretz, Norman 2007: World War IV. The Long Struggle Against Islamofascism, New York.

Ram, Uri 2006, The Globalization of Israel. McWorld in Tel Aviv, Jihad in Jerusalem, London-New York.

Roy, Olivier 2007: Der falsche Krieg. Islamisten, Terroristen und die Irrtümer des Westens, München.

Rupert, Mark/Smith, Hazel (Hrsg.) 2002: Historical Materialism and Globalization, London.

Russett, Bruce M./Oneal, John R. 2001: Triangulating Peace. Democracy, Interdependence, and International Organizations, New York

Senghaas, Dieter 1998: Zivilisierung wider Willen. Der Konflikt der Kulturen mit sich selbst, Frankfurt a.M.

Ders. 2003: Die Konstitution der Welt - eine Analyse in friedenspolitischer Absicht, in: *Leviathan* 31:1, 117-152.

Ders. 2004: Zum irdischen Frieden. Erkenntnisse und Vermutungen. Frankfurt a.M.

Singer, Max/Wildavsky, Aaron 1996: The Real World Order. Zones of Peace, Zones of Turmoil, London.

Stichweh, Rudolf 2000: Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen, Frankfurt a.M.

Weber, Max 1972: Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Aufl., Tübingen.